

Rotlichtbezirk

China. Mit Milliardenkrediten und spektakulären Bauprojekten kauft sich die Volksrepublik in Not leidende europäische Randstaaten ein. Und das nächste Ziel haben die Chinesen bereits im Visier: Kerneuropa



Text: Claus Hecking, Claudia Wanner

Da kommen sie von so weit her, und dann nehmen sich die Herren in den dunkelgrauen Anzügen nicht einmal Zeit für Islands spektakuläre Naturwunder. Raus aus dem Bus, zwei hastige Erinnerungsfotos, klick, klick, schon sitzen die Chinesen im Panoramarestaurant. Die atemberaubenden Wasserspiele des Geysirs vor dem Fenster würdigen sie keines Blickes.

Sie sind zu beschäftigt: erst mit Singen (in Klavierbegleitung), dann mit Zuhören. Liu Qi, einer der mächtigsten Männer Chinas, hält eine Rede. Der 68-Jährige, Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei (KP), Cheforganisator der Olympischen Spiele 2008, Parteisekretär von Peking, ist an diesem Herbsttag mit seinem Tross auf Stippvisite in Reykjavik. Den Bürgermeister hat er schon besucht, dem Handelsminister die Hand geschüttelt und mit dem Präsidenten ein Schwätzchen gehalten.

Die Isländer sind hohen Besuch von der zweitgrößten Wirtschaftsnation der Welt bereits gewohnt. Liu ist nicht der einzige chinesische Superpromi, den es auf die isolierte, fast bankrotte 300 000-Einwohner-Insel zieht. Der Zentralbankchef, der stellvertretende Handelsminister, die Topmanager der Staatskonzerne – sie alle haben der Reykjaviker Regierung schon ihre Aufmerksamkeit gemacht.

Und sie bringen großzügige Gastgeschenke mit. Tauschen harte Renminbi im Wert von mehr als 500 Mio. Dollar gegen die schwache isländische Krone. Oder investieren im großen Stil in isländische Unternehmen.

China, dein Freund und Helfer: Mildtätig lässt das Reich der Mitte seine gigantischen Devisenreserven über Europa abregnen. Gezielt kaufen sich die Chinesen in kriselnden Staaten am Rand der Alten Welt ein. Ob Island, Weißrussland, Serbien, Moldawien, Griechenland – die Strategie ist immer die selbe. Die chinesischen Staatsbanken geben den klammen Nati-

onen Milliardenkredite zu Vorzugskonditionen, Staatskonzerne bauen Brücken, modernisieren Eisenbahnnetze oder rüsten Kraftwerke auf.

Doch die gelben Engel mit dem vielen Geld sind mehr als nur ein Retter in der Not. Sie folgen einem harten ökonomischen Kalkül, operieren nach einem geostrategischen Masterplan. Die Milliarden aus Fernost schaffen Abhängigkeiten, sichern politischen Einfluss, öffnen Märkte, beschaffen Aufträge.

„Entwicklungshilfe und Direktinvestitionen gehen Hand in Hand“, sagt Markus Taube, Professor für Ostasienwirtschaft/China an der Universität Duisburg. „Die Chinesen gerieren sich als Retter der Weltwirtschaft – und machen dabei exzellente Geschäfte.“

Von außen macht die Zentrale der China Development Bank (CDB) nicht viel her: Beiger Beton, unterbrochen von ein wenig Glas, davor weht die rote

Fahne – ein Büroklötzchen wie Hunderte andere an Pekings Ausfallstraßen. Kaum zu glauben, dass sich hinter dieser Fassade der wichtigste Entwicklungsfinanzierer der Welt verbirgt. 110 Mrd. Dollar Kredit haben die staatseigene CDB und ihr Schwesterinstitut Export-Import Bank of China (ExIm) in den vergangenen beiden Jahren an Projekte in Schwellenländer vergeben. Nicht einmal die Weltbank kann da mithalten. Sie hat nach Berechnungen der Financial Times nur gut 100 Mrd. Dollar verliehen.

Zinsfreie Darlehen – wer kann dazu schon Nein sagen?

Welchen Markt die Chinesen auch erobern – fast immer sind ihre Entwicklungsbanken die Pioniere. Windparks in Rumänien, Steinkohleminen in der Ukraine, neue Wasserkraftwerke für Island – wenn Regierungen Finanziers für große Infrastrukturprojekte suchen, locken CDB und ExIm mit überaus großzügigen Darlehen. 85 Prozent Bankanteil, 15 Jahre Tilgung, drei Prozent Zinsen, die ersten fünf Jahre meist zinsfrei: Wer kann dazu schon Nein sagen?

Serbien jedenfalls sagt Ja zu den Renminbi-Milliarden. Präsident Boris Tadic hat gerade mit Wu Bangguo, Nummer zwei in der KP-Hierarchie, den Grundstein für den Bau der „Brücke der Freundschaft zwischen China und Serbien“ gelegt. Anderthalb Kilometer lang soll das Bauwerk über der Donau werden, zwei Belgrader Stadtteile verbinden und Zehntausenden Pendlern kilometerlange Staus in der Innenstadt ersparen.

25 Mio. Euro müssen die Serben beisteuern, den großen Rest von 145 Mio. Euro gibt die ExIm. Dafür bekommt dann auch die staatliche Chinese Road and Bridge Corporation den Auftrag. Die heimischen Konzerne bleiben außen vor.

Tadic stört das nicht im Geringsten. Er träumt von einer goldenen Zukunft. Sein Land werde bald zur „großen Baustelle“. Die Entwicklungshelfer aus Fernost ▶



Ciao, Jiabao! Als Zeichen der Freundschaft ließ Regierungschef Silvio Berlusconi (o. r.) beim Besuch des chinesischen Premiers das Kolosseum chinarot anstrahlen (l.)

sollen den Serben Straßen bauen und ein marodes Braunkohlekraftwerk modernisieren – finanziert mit chinesischem Geld natürlich. Im Gegenzug will die Regierung in Belgrad eine Freihandelszone für chinesische Unternehmen einrichten. „Diese Länder am Rande Europas sind die perfekten Einfallstore für die Chinesen in die EU“, sagt Asien-Forscher Taube.

Was versprechen sich Pekings Strategen von Europa? Bodenschätze können sie kaum heben – anders als in Afrika, wo sie Dutzende Minen und Ölfelder betreiben. Stattdessen lockt die Alte Welt mit Weltklasseunternehmen, sicheren Anlagemöglichkeiten, einer geostrategisch einzigartigen Lage. Und mit einem attraktiven Wirtschaftsraum, 700 Millionen zumeist kaufkräftigen Konsumenten.

Diesen Markt wollen die Chinesen erobern. Schritt für Schritt. Land für Land. „Sie wollen nicht sofort in Deutschland groß investieren, das würde enormes Misstrauen wecken“, sagt Forscher Taube. „Also gehen sie zuerst in die hilfsbedürftigen Staaten der Peripherie, um sich mit Vorzeigeprojekten einen guten Ruf aufzubauen.“

Den Weg durch Europas Hintertür ebnen die großen Infrastrukturvorhaben. Sie erregen Aufsehen, verbessern das Alltagsleben der Menschen vor Ort. Und gerade im Baugeschäft sind die volkrepublikanischen Konzerne Weltklasse. Jahrelang haben sie daheim Straßen, Eisenbahnlinien, Flughäfen konstruiert. Nun exportieren sie ihr Wissen nach Europa, unterstützt von der helfenden Hand ihrer Regierung.

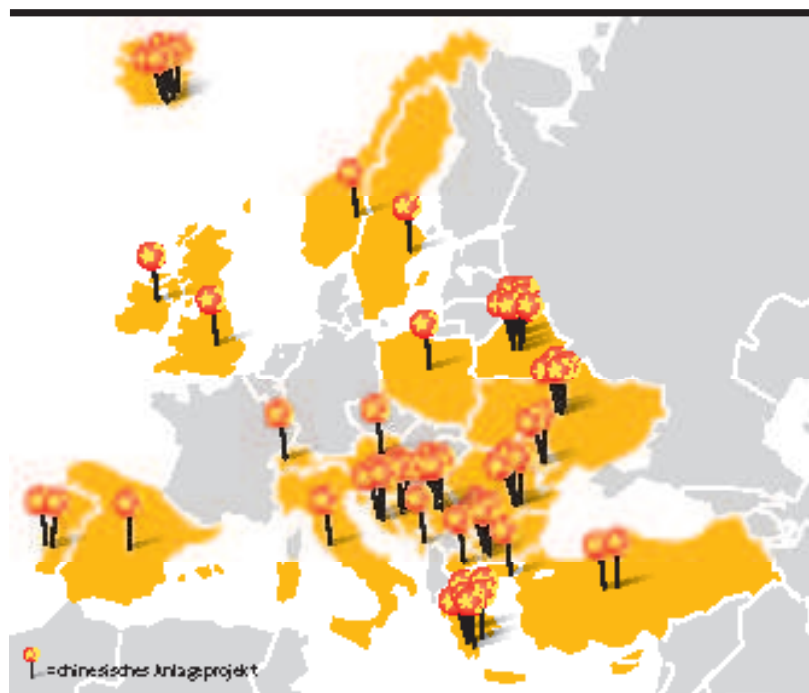
Die Herren aus Fernost stellen keine unbequemen Fragen

Und die Bedürftigen heißen die Asiaten sehr herzlich willkommen. „China ist in zehn bis 15 Jahren Führer der Weltwirtschaft“, sagt Weißrusslands Präsident Alexander Lukaschenko. „Die Volksrepublik versteht, dass sie über uns nach Europa gelangen kann.“ Seit Jahren wird der Diktator vom Westen geächtet; gerade hat die EU neue Sanktionen gegen das Regime verhängt, das die Opposition brutal unterdrückt.

Die Chinesen indes stellen Lukaschenko keine bohrenden Fragen, nach der Menschenrechtsslage in seinem Land etwa. Sie versorgen den Despoten stattdessen mit einem 15-Mrd.-Dollar-Kredit. So kann der Präsident seinen Bür-

Auslandsinvestitionen Chinas Shoppingliste

Pekings Strategen gehen mit ihren Devisenreserven auf Einkaufstour in Europa. Bevorzugtes Ziel: kriselnde Staaten wie Griechenland oder Island



BOSNIEN

- Errichtung und Ausrüstung eines Kohlekraftwerks (in Bau)
- Bau eines Windparks (wird verhandelt)
- Bau und Finanzierung von Wasserkraftwerken (wird verhandelt)

BULGARIEN

- Errichtung eines Industrieparks mit Sonderwirtschaftszone (in Bau)
- Errichtung einer Autofabrik durch die Great Wall Motor Company (in Bau)
- Aufbau und Finanzierung eines Eisenbahnhochgeschwindigkeitsnetzes (vereinbart)
- Bau eines Atomkraftwerks (geplant)

GRIECHENLAND

- Kauf von Staatsanleihen im Wert von mehreren Milliarden Euro (vereinbart)
- Anmietung und Ausbau von Containerterminals im Hafen Piräus durch den Staatskonzern Cosco (abgeschlossen/ in Bau)
- Beteiligung am Hafen Thessaloniki (wird verhandelt)
- Erweiterung des Hafens Eleusis (wird verhandelt)

- Beteiligung an der Eisenbahngesellschaft OSE (wird verhandelt)
- Kauf von Containerschiffen in China, Finanzierung (wird verhandelt)

GROSSBRITANNIEN

- 50-Prozent-Beteiligung des Staatskonzerns Petro China an schottischer Großraffinerie Ineos (vereinbart)

IRLAND

- Errichtung eines Konferenz- und Ausstellungszentrums für Chinas Exportindustrie in Athlone (geplant)

ISLAND

- Währungstausch über 500 Mio. Dollar (abgeschlossen)
- 43-Prozent-Beteiligung am Fischkonzern Stormur Seafood (abgeschlossen)
- Übernahme einer Eisensiliziumfabrik (abgeschlossen)
- Joint Venture zwischen Staatskonzern Sinopec und Geysir Green Energy im Bereich Geothermie (vereinbart)
- Bau eines Tiefwasserhafens und Erweiterung des Flughafens Keflavik zu einem Logistiknotenpunkt (geplant)

ITALIEN

- Ausbau des Hafens von Neapel durch Staatskonzern Cosco (in Bau)

KROATIEN

- Bau und Finanzierung eines Terminals für den Flughafen Zagreb (vereinbart)
- Erweiterung des Hafens Ploce (geplant)
- Bau und Finanzierung der Eisenbahnlinie Rijeka–Zagreb–Botovo (geplant)

MAZEDONIEN

- Bau, Betrieb und Finanzierung von zwölf Wasserkraftwerken (wird verhandelt)

MOLDAWIEN

- Finanzierung von Infrastrukturprojekten (vereinbart)
- Errichtung zweier Autobahnteilstücke (in Bau)

MONTENEGRO

- Finanzierung für den Kauf zweier Containerschiffe in China (durchgeführt)

NORWEGEN

- Kauf des Siliziumherstellers Elkem durch den Staatskonzern China National Bluestar im Wert von 1,5 Mrd. Euro (abgeschlossen)

ÖSTERREICH

- Übernahme des Flugzeugkomponentenherstellers FACC durch den staatsnahen Konzern Xi'an Aircraft Company (abgeschlossen)

POLEN

- Bau zweier Autobahnteilstücke zwischen Warschau und Lodz (in Bau)

PORTUGAL

- Sonderverkauf von Staatsanleihen im Wert von 5,16 Mrd. Dollar an die staatliche chinesische Devisenverwaltung (abgeschlossen)
- Beteiligungsoption für Staatskonzern China Power International am Versorger Energias de Portugal (vereinbart)

RUMÄNIEN

- Aufbau und Finanzierung mehrerer Windparks durch die China Development Bank (vereinbart)
- Bau und Finanzierung eines Kohlekraftwerks (wird verhandelt)
- Aufbau und Betrieb einer Traktorenfabrik (abgeschlossen)

SCHWEDEN

- Übernahme des Autokonzerns Volvo durch das staatsnahe Unternehmen Geely (abgeschlossen)

SCHWEIZ

- Übernahme des Ölförderers Addax Petroleum durch den Staatskonzern Sinopec (abgeschlossen)

SERBIEN

- Strategisches Kooperationsabkommen (abgeschlossen)
- Bau und Finanzierung der „Brücke der Freundschaft zwischen China und Serbien“ bei Belgrad (vereinbart)
- Renovierung und Erweiterung eines Braunkohlekraftwerks (vereinbart)
- Beteiligung an der Lkw-Fabrik FAP durch den Staatskonzern Dongfeng (vereinbart)

SPANIEN

- Verkauf von Staatsanleihen im Wert von 7,5 Mrd. Dollar an die chinesische Devisenverwaltung (abgeschlossen)

TÜRKEI

- Bau und Finanzierung eines Eisenbahnhochgeschwindigkeitsnetzes (vereinbart)
- Kooperation beim Bau von Atomkraftwerken (vereinbart)

UKRAINE

- 3,7-Mrd.-Dollar-Kredit zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise (wird verhandelt)
- Finanzierung und technische Hilfe bei der Erweiterung eines Steinkohlebergwerks (vereinbart)
- Bau und Finanzierung einer Eisenbahnlinie zwischen Kiew-Flughafen und Kiew-Innenstadt (vereinbart)
- Bau eines Autobahnringes und mehrerer Brücken in Kiew (geplant)

WEISSRUSSLAND

- Strategisches Kooperationsabkommen (abgeschlossen)
- Währungstausch über 2,9 Mrd. Dollar (abgeschlossen)
- Finanzierung von bis zu 100 Infrastrukturprojekten im Wert von 15 Mrd. Dollar (vereinbart)
- Bau und Finanzierung eines Terminals für den Flughafen Minsk (vereinbart)
- Bau und Finanzierung einer Schwefelverarbeitungsfabrik (vereinbart)
- Bau eines Luxushotels

gern von einem besseren Weißrussland vorschwärmen, das er gemeinsam mit den neuen Freunden aus Fernost erschaffen will: Kraftwerke, Stromleitungen, ein neuer Flughafen für die Hauptstadt Minsk, bessere Raffinerien, das Fünf-Sterne-Hotel Peking oder einen Industriepark für chinesische Hightech-Konzerne.

Die Masche verfängt, nicht nur bei dem weißrussischen Regenten. Auch bei progressiven Nationen wie den Isländern. Viele der Insulaner fühlen sich missachtet vom Westen. Die Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union stocken, die USA haben vor einigen Jahren die im Kalten Krieg so wichtige Militärbasis geräumt, was Hunderte Isländer den Arbeitsplatz gekostet hat. „Die haben nicht einmal Goodbye gesagt“, erinnert sich Ex-Außenminister Jon Baldvin Hannibalsson verbittert.

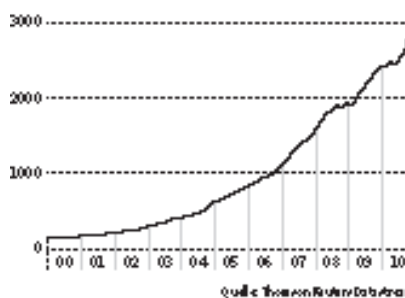
Umso mehr genießt er nun das Interesse der Chinesen. Gerade hat ein Staatskonzern eine große Metallschmelze vor Ort übernommen. Ein chinesischer Clan hat sich als einziger großer ausländischer Anteilseigner in einen heimischen Fischfangkonzern eingekauft, der staatliche Energiemulti Sinopec kooperiert mit den Isländern bei Geothermieprojekten.

Und das alles sei nur das Vorspiel, glaubt Hannibalsson: „Die Chinesen haben erkannt, wie einzigartig unsere strategische Lage ist, wenn der Klimawandel kommt. Island bietet den idealen Zugang zu den Fischen, den Rohstoffen und den Schiffswegen der Arktis.“

Dem isländischen Staatspräsidenten Olafur Grimsson schwebt bereits Großes vor. Er will die Insel im Europäischen Nordmeer zu einem internationalen Transportknotenpunkt samt Tiefwasserhafen, Freihandelszone und großem Frachtflughafen ausbauen – finanziert mit chinesischem Geld. ▶

Wohin mit dem vielen Geld?

Chinesische Devisenreserven in Mrd. Dollar





Frisches Geld für die Alte Welt: Chinas Premier Wen Jiabao (o.r.) gibt griechischen Reedern Milliardenkredite – und sichert dem chinesischen Logistikriesen Cosco die Kontrolle über den Hafen von Piräus



Und davon hat das Reich der Mitte genug: 2847 Mrd. Dollar Währungsreserven hat das Land in den vergangenen Jahren aufgetürmt, mehr als doppelt so viel wie die Japaner, die Nummer zwei im internationalen Ranking.

Lange legten die Chinesen den Großteil dieses Kapitals in Amerika an. Doch seit Mitte 2009 stagniert ihr Bestand an US-Staatsanleihen. Offenbar ist den Managern der staatlichen Devisenverwaltung Safe in Peking die Konzentration auf eine Volkswirtschaft und eine Währung zu gefährlich.

„Die Chinesen sind nicht wie diese Wall-Street-Wichser“

„China sucht nach Adressen in Europa, um das Risiko besser zu streuen, selbst wenn es aus den Investitionen keinen großen Gewinn schlagen wird“, sagt Michael Wong, Professor für Wirtschaft und Finanzen an der City University of Hong Kong. Da einige der europäischen Länder stark von der Finanzkrise gebeutelt seien, gehe er davon aus, dass China ihnen sehr freundschaftliche Bedingungen gewähre.

Vor allem die taumelnden Südeuropäer suchen Halt. In Rom ließ Silvio Berlusconi bei seinem Treffen mit Premier Wen Jiabao das berühmte Kolosseum chinarot anstrahlen. In chinesischen

Schriftzeichen beschwor er die „sino-italienische Freundschaft“.

Und als Wens Stellvertreter Li Keqiang im Januar Madrid besuchte, begrüßte ihn die Zeitung „Expansión“ mit „Willkommen, Mister Marshall“. Eine Anspielung auf den Marshallplan nach dem Zweiten Weltkrieg, als die USA den Europäern Milliardenkredite für den Wiederaufbau gewährten.

Ganz so weit hergeholt ist der Vergleich gar nicht. Indem China wackelige spanische, portugiesische und griechische Staatsanleihen in zweistelliger Milliardenhöhe aufkauft, dämpft der Investor das Misstrauen der Märkte – und sichert sich Zugang zur Wirtschaft der Krisenstaaten.

So durfte der Ölmulti Sinopec mit 40 Prozent ins Brasiliengeschäft des spanischen Kontrahenten Repsol einsteigen, China Power International Development hält die Option, zwei bis fünf Prozent der Anteile des Versorgers EDP Energias de Portugal zu kaufen.

In Griechenland kontrolliert der staatliche Logistikriesen Cosco nun sogar die größten Containerterminals im Hafen von Piräus – auf 35 Jahre. Zudem räumt China den griechischen Reedern eine 4,5 Mrd. Dollar schwere Kreditlinie ein. Der Deal ist gekoppelt an den Kauf neuer Schiffe, hergestellt in China.

Griechenlands Vizepremier Theodoros Pangalos ist begeistert von so viel Großzügigkeit: „Die Chinesen sind nicht wie diese Wall-Street-Wichser, die Finanzinvestments auf Papier machen. Sie machen reale Geschäfte. Und das wird der Realwirtschaft in Griechenland helfen.“

Gleich nebenan planen die Heilsbringer ihr spektakulärstes Projekt. Mit fast 30 Mrd. Dollar finanzieren sie ein 4000 Kilometer langes Hochgeschwindigkeits-



Gastgeschenk: Eine neue Brücke (hier eine Simulation) soll in Belgrad die Donau queren, finanziert mit dem Geld von Präsident Boris Tadic (r.) neuen Freunden aus Fernost

eisenbahnnetz in der Türkei. Die Hälfte der Strecke wollen sie selbst bauen. Mit Tempo 350 sollen Züge made in China durch Anatoliens Berge brettern und die Städte Edirne an der Westgrenze zu Griechenland und Kars an der Ostgrenze zu Armenien in zwölf statt 41 Stunden verbinden.

Seit Jahren träumt die türkische Regierung von diesem Prestigeprojekt – als Start für eine neue Route quer durch Asien bis nach China. „Es ist höchste Zeit, aus der Seidenstraße eine Seiden-Eisenbahnstrecke zu machen“, jubelt Verkehrsminister Binali Yildirim.

Premier Recep Tayyip Erdogan hat die Regierung in Peking zum „strategischen Partner“ erhoben – und behandelt sie auch so. So durften kürzlich chinesische Sukhoi-Kampffjets gemeinsame Manöver mit türkischen F-16 über Zentralanatolien fliegen, zur Verblüffung der Nato-Bündnispartner.

Wie rapide Chinas politischer Einfluss in Europa gewachsen ist, zeigte sich im Dezember. Als die Pekinger Führung gegen die Vergabe des Friedensnobelpreises an den Dissidenten Liu Xiaobo mobil machte, boykottieren die neuen Freunde aus Weißrussland und der Ukraine die Zeremonie. Serbien schickte erst auf massiven Druck des Westens einen untergeordneten Beamten.

Auch in der Europäischen Union bringt die Scheckbuch-Diplomatie Rendite. Schon machen sich Spanien,

Portugal und Griechenland für das Ende des Waffenembargos stark, das Brüssel gegen das Regime nach dem Tiananmen-Massaker von 1989 verhängt hat.

Und wie auf Bestellung aus Peking fordern die Südeuropäer, die EU solle China vor der Welthandelsorganisation WTO als vollständige Marktwirtschaft anerkennen. Hat China diesen Status einmal erlangt, wird es für WTO-Mitglieder schwer, Strafzölle oder andere Anti-Dumping-Maßnahmen gegen die Exporteure des Riesereichs zu verhängen.

So vehement die Chinesen den Zugang nach Europa einfordern, ihren eigenen Markt öffnen sie höchst ungern. Ausschluss von öffentlichen Ausschreibungen, eingeschränkter Zugang zu Rohstoffen, langwierige Zollverfahren, Zwang zu Joint Ventures mit lokalen Betrieben und zu detaillierten Auskunftspflichten über Produktionsprozesse – lang ist die Liste der Klagen westlicher Unternehmen.

Wer freie Märkte propagiert, darf China nicht zurückweisen

„Wenn europäische Banken im Land noch immer weniger als ein Prozent Marktanteil haben, kann etwas nicht stimmen“, sagt Jonathan Holslag vom Brüsseler Institute of Contemporary China Studies. „Europa sollte sich China nicht versperren. Aber die Staaten und vor allem die EU-Kommission müssen unbedingt Gegenseitigkeit einfordern.“

Jon Baldvin Hannibalsson, der Isländer, sieht den Westen in einer Bringschuld. „Als Europa expandierte, hat es jahrzehntlang offene Volkswirtschaften und freie Märkte propagiert“, sagt der Sozialdemokrat. „Wenn wir das damals ernst gemeint haben, dann müssen wir es nun auch in Zeiten unseres Rückzugs akzeptieren.“

China, da ist sich der Politveteran sicher, lässt sich ohnehin nicht mehr stoppen auf seinem Weg von der Regionalmacht zum neuen globalen Imperium.

In Reykjaviks Innenstadt sind die Asiaten schon heute deutlich sichtbar die Nummer eins. Gerade haben sie sich eine neue Botschaftszentrale zugelegt: Das Gebäude ist anderthalbmal so groß wie das isländische Außenministerium. ■

Ein kostbarer Tipp:
kostengünstig
surfen mit dem
FTD-Surfstick.



- surfen auf DSL-Niveau (bis zu 3,6 Mbit/s)²
- keine Vertragsbindung
- keine Grundgebühr
- einfaches Aufladen

Jetzt bestellen unter
www.surfstick.ftd.de oder unter
01805/38 39 99*, Mo.–So. 7–23 Uhr

(*Kosten 0,14 €/Min. aus dem dt. Festnetz d. Dt. Telekom; aus dt. Mobilfunknetz max. 0,42 €/Min.)



¹ FTD-Surfstick: Die Abrechnung erfolgt in vorausbezahlten Zeitkontingenten (Surfpakete) über den APN (Zugangspunkt) www.vodafone.de. Für die Nutzung im dt. Vodafone-Netz gelten folgende Preise: 0,99 €/1 Stunde, 2,99 €/24 Stunden, 8,99 € für 7 Tage oder 10,99 € für 30 Tage. Einmal bezahlte Surfpakete werden unabhängig von der Nutzung nach dem gebuchten Zeitraum bzw. bei Erreichen eines Datenvolumens von 1 GB beim 7-Tage- und 30-Tage-Paket bzw. 200 MB beim 1-Stunden- und 24-Stunden-Paket je Sitzung beendet. Der angegebene Kaufpreis des FTD-Surfsticks in Höhe von 14,99 € versteht sich zzgl. 1,00 € Versandgebühr.

² Das Vodafone-UMTS-Netz ist bereits in über 3100 deutschen Städten und Gemeinden verfügbar. Aktuell ist das komplette UMTS/HSDPA-Netz bereits für maximale Übertragungsraten von bis zu 5,6 Megabit pro Sekunde im Downlink und von bis zu 3,14 Mbit/s im Uplink ausgebaut, hierfür benötigen Sie entsprechende Hardware.

AFP/Louisa Goulliamaki; Getty Images/AFP/Takis Takatos; BeoBuildVisuals; Imago/Xinhua/Ju Peng

